

Dienstleistungen

Im Jahre 1995 wurde das völkerrechtlich verpflichtende Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) als Teil der Verträge der Welthandelsorganisation (WTO), die sich bis dahin auf den Warenhandel beschränkte, beschlossen. Im Jahre 2000 begann unter dem Druck der großen Dienstleistungskonzerne und deren Lobby eine neue Runde von Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung der Dienstleistungen als Bestandteil einer globalen Deregulierung der nationalen Volkswirtschaften, die 2003 abgeschlossen werden soll.

Das GATS gilt nicht nur für den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen, sondern auch für den Konsum von Dienstleistungen im Inland sowie die Erbringung von Dienstleistungen durch ausländische Investoren und lehnt sich damit an dem durch massive Proteste der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung 1999 beim WTO-Gipfel in Seattle gescheiterten Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) an.

Der Dienstleistungssektor ist in den vergangenen Jahrzehnten zum größten Sektor herangewachsen. Die Klassifizierungsliste der WTO für Dienstleistungen umfaßt dabei 150 verschiedene Sektoren. Explizit ausgenommen davon ist nur der Hoheitsbereich (Militär, Polizei, Justiz).

In besonderer Weise ist vom GATS-Abkommen der öffentliche Sektor, also die Grundversorgung mit Dienstleistungen wie Wasser, Abwasser, Nahverkehr, Energie, Bildung, Gesundheitsvorsorge, Post, Telekommunikation usw. betroffen, wo überschüssiges Kapital zunehmend Anlagemöglichkeiten sucht. Private Betreiber von Dienstleistungen für die Allgemeinheit können diese aber nicht in gleicher Weise zur Verfügung stellen wie dies durch öffentliches Eigentum möglich ist, weil für sie ein möglichst hoher Profit und nicht das Gemeinwohl im Vordergrund steht.

Die Deregulierung im Bereich öffentlicher Dienstleistungen zielt darauf, diese als marktbezo-

gene Leistungen zu definieren wie das etwa seitens der EU erfolgt. Davon abgeleitet soll jede Bevorzugung öffentlichen Eigentums durch Subventionen aus dem Budget der Gebietskörperschaften bzw. Gebietsschutz oder unterschiedliche Auflagen bei Ausschreibungen als Wettbewerbshindernisse beseitigt werden.

Haben sich die Regierungen zu bestimmten Liberalisierungsmaßnahmen im Rahmen des GATS verpflichtet, sind diese faktisch nicht mehr rückgängig zu machen, dadurch wird es auch künftigen Regierungen erschwert oder verunmöglicht, eine andere Politik zu machen. Allerdings werden vielfach auch die durchaus vorhandenen nationalen Spielräume nicht genutzt und vielfach erfolgt eine Deregulierung in einem vorauseilenden Gehorsam. Aus der Sicht linker Kommunalpolitik ist das GATS insbesondere im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen der Grundversorgung wegen seiner negativen Auswirkungen sowohl auf eine funktionierende Infrastruktur, auf die Arbeitsplätze der Beschäftigten sowie den Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten durch gewählte Gemeinderäte grundsätzlich abzulehnen.

Ein Zusammenwirken von fortschrittlichen KommunalpolitikerInnen mit verschiedenen Gruppierungen der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung gewinnt daher zunehmend an Bedeutung. Wir unterstützen daher auch den Aufruf „Stop the GATS Attack“, der bereits von über 500 Gruppen aus 60 verschiedenen Ländern unterzeichnet wurde. Dieser Aufruf verlangt eine umfassende Bewertung der Auswirkung einer Liberalisierung des Dienstleistungssektors sowie das Recht der Nationalstaaten öffentliche Dienstleistungen nach eigenem Ermessen bereitzustellen. Daran anknüpfend gilt es seitens der betroffenen Gebietskörperschaften durch Boykottmaßnahmen, gezielte Verzögerungen durch Inkaufnahmen von Anfechtungen und Klagen, Verweigerung von Abgaben, gezielte Auflagen usw. den öffentlichen Sektor der Grundversorgung zu erhalten.

★ Stellungnahme des Arbeitskreises Kommunalpolitik des KPÖ-Bundesvorstandes, Graz, 20. April 2002

7 Gründe gegen GATS

1. Falscher Ansatz

Ein UNO-würdiger Ansatz für eine globale Politik zum Thema Dienstleistungen müsste lauten: „Wie können alle Menschen mit essentiellen Dienstleistungen wie Trinkwasser, Gesundheit, Bildung, Alterssicherheit, Energie, Post, Telefon und Internet versorgt werden?“ Der (neokoloniale) GATS-Ansatz lautet hingegen: Wie kann ich „meinen“ Konzernen (des jeweiligen WTO-Mitglieds) neue Absatzmärkte (im Süden) und neue Profitsektoren (in der öffentlichen Daseinsvorsorge) erschließen.

2. Angriff auf die Demokratie

Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern (Prinzip der „Inländerbehandlung“) macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich. Die zwingende Gleichbehandlung von armen und reichen Ländern („Meistbegünstigung“) – z. B. Ghana und USA – macht entwicklungspolitische Zielsetzungen zunichte.

3. Daseinsvorsorge in Gefahr

Fast alle Erfahrungen mit der Liberalisierung/Privatisierung der Daseinsvorsorge zeigen jedoch, dass die Preise und Tarife steigen, dass ein zunehmender Teil der Bevölkerung von der Versorgung ausgeschlossen wird, dass die Versorgungsqualität abnimmt, dass die Verfolgung politischer Ziele wie Umweltschutz, Chancengleichheit oder Regionalförderung zugunsten des ausschließlichen Ziels des maximalen Profits aufgegeben wird.

4. GATS verschlechtert weltweit die Situation der Frauen

Frauen sind im Dienstleistungssektor besonders stark vertreten und von der globalen Ver-

Porto zahlt
der
Empfänger!

KPÖ-Oberösterreich
Melicharstraße 8
4020 Linz

Antwortkarte

Ich möchte:

- Stichwort: GATS
- Stichwort: Grundversorgung
- Falter Ausverkauf
- Falter GATS
- Beschäftigungspolitisches Programm
- Probenummer "Die Arbeit"
- Probenummer "Volksstimme"
- Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und absenden.

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon (0732) 652158, Fax (0732) 604763, Mail kpoe.ooe@nexta.at, Web www.kpoe.at/ooe

schärfung der Konkurrenz und der damit einhergehenden Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und der Maximierung des Shareholder Value umso mehr betroffen. Wenn öffentliche Bereiche privatisiert werden, ist es aus mit der Gleichbehandlung, und die Lohnschere zwischen Männern und Frauen öffnet sich.

5. GATS vertieft die Nord-Süd-Kluft

Nicht kambodschanische Finanz-, Computer- und Telekomkonzerne drängen auf den EU- und US-Markt, sondern umgekehrt. Das GATS ebnet den Weg für eine neue Kolonialisierungswelle. Westliche Konzerne werden sich die Märkte in den armen Ländern aufteilen, bevor diese in der Lage sind, eigene Dienstleistungssektoren aufzubauen.

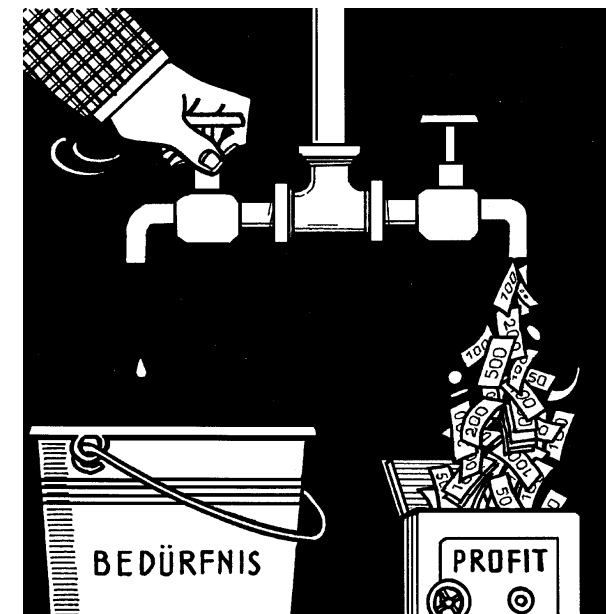
6. GATS ist unvereinbar mit nachhaltiger Entwicklung

Die WTO ist nicht Teil des UN-Systems und nimmt in ihren Verträgen keine Rücksicht auf „handelsfremde“ Politikfelder wie Umweltschutz oder Arbeitsrecht. Die GATS-Verhandlungen sind weder mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) noch mit Interregierungsorganisationen (IGOs) wie dem Umwelt- oder dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNEP, UNDP) oder der Weltgesundheitsorganisation abgestimmt.

7. Geheimverhandlungen

Es ist für eine Demokratie unverzeihlich, dass so weitreichende globale Wirtschaftsverhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Parlamentspräsident Heinz Fischer wusste vom GATS bis Mitte September 2003 nichts. Es ist eine Mindestanforderung an die Demokratie, globale Wirtschaftsverträge öffentlich zu verhandeln und im Zweifelsfall einer Volksabstimmung zu unterziehen.

Kurzfassung eines ATTAC-Papiers



Öffentliche Dienste als Profitquelle? Daher: Nein zu GATS!

Eine Information der

